



Junge Union  
Baden-Württemberg

## ISLAM IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Zusammenleben gestalten-  
Extremismus bekämpfen

Ein „Weißbuch der Gegenseitigkeit“

Außerordentlicher  
Landestag  
-mitgliederoffen-  
am 13. Juli 2002  
in Dettingen unter Teck



### **Präambel:**

Die Junge Union betrachtet sich als „Motor der Union“, als fortschrittliche Kraft, die Probleme und Chancen aus Sicht der jungen Generation erkennt und in das politische Geschehen einbringt. Auch was das Zusammenleben von Mehr- und Minderheiten, auch von verschiedenen Religionen betrifft, erweisen wir uns als wertebejahende „Kraft der Mitte“, indem wir einerseits jene zurückweisen, die etwa im Namen einer verklärten „multikulturellen Idee“ meinen, ernste Probleme und berechnete Ängste seien durch Verniedlichen und Tabuisieren von Konflikten und Extremismus zu lösen. Ebenso widersprechen wir auch jenen, die die Schwierigkeiten verabsolutieren, Chancen nicht sehen wollen und letztlich behaupten, ein Miteinander von Religionen sei selbst unter demokratischen Vorzeichen von vornherein unmöglich.

Wir setzen dagegen Vertrauen in die demokratischen und auch christlichen Werte unseres Landes, indem wir einerseits endlich mehr offene und konstruktive Diskussionen über die bestehenden Probleme und Konflikte einfordern, andererseits aber die feste Meinung vertreten, dass sich ein gelingendes und bereicherndes Zusammenleben mit entsprechendem Engagement auf allen Seiten sehr wohl gestalten lässt!

Wir gehören der jungen Generation an, die bereits zusammen mit Kindern anderer kultureller und religiöser Herkunft aufgewachsen ist. Wir erkennen an, dass inzwischen ein Großteil der jungen Muslime in Deutschland hier geboren und aufgewachsen ist, dass auch immer mehr Muslime bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Sie sind damit eben nicht mehr „Gäste“ oder „ausländische Mitbürger“, sondern Deutsche muslimischen Glaubens – Bürgerinnen und Bürger mit Rechten und Pflichten.

Freilich stellen wir als Junge Union auch fest, dass es in Fragen der Integration, des Zusammenlebens und auch der inneren Sicherheit noch immer großen, wenn nicht sogar wachsenden Handlungsbedarf gibt. So klaffen Sprach- und Bildungskompetenzen und damit verbunden auch Arbeitsmarktchancen vielerorts weit auseinander, bilden sich wechselseitig immer noch Abschottungen und Vorurteile bis hin zu Parallelgesellschaften heraus, gibt es schließlich weiterhin Gruppen auch junger Menschen, die im Namen des Islam und ausländischer Nationalismen die Werte unserer Verfassung, die nichtmuslimischen Religionen und letztlich unser aller Zusammenleben verhöhnen oder sogar bekämpfen.

Mit diesem Landestag stellt sich die Junge Union Baden-Württembergs dem Thema – und zwar nicht, indem sie einfach „über“ Muslime reden würde, sondern indem sie das Gespräch „mit“ Muslimen sucht und führt. Auch begnügen wir uns nicht damit, Appelle an andere zu richten, sondern sagen konkret, was wir selbst und gemeinsam zu einem gelingendem Zusammenleben und zur Abwehr von Extremismus und Gewalt jeder Form beitragen wollen. Der vorliegende Antrag ist ein „Weißbuch der Gegenseitigkeit“, da er Punkt für Punkt auflistet, was wir von den Muslimen bei uns erwarten, aber auch, was wir selbst beitragen wollen – in einem lebendigen Prozess, der mit diesem Landestag neuen Schub gewinnen soll. Wir engagieren uns damit aus christdemokratischer Verantwortung konkret für unser Land, für Europa, letztlich damit aber auch global, weil kein Mensch, keine Gruppe und kein Staat glaubwürdig Appelle für Frieden, Dialog und Toleranz in alle Welt versenden kann, wenn diese Werte nicht zuvor auch selbst entschlossen umgesetzt wurden.

Dettingen, den 13.7.2002



## Weißbuch der Gegenseitigkeit - 6 Punkte für gelingendes Zusammenleben

### 1. Sprache, Bildung und Ausbildung fördern

Auch religiöses Leben entfaltet sich nicht im „luftleeren Raum“, sondern steht in einem engen Wechselbezug zu Teilhabe an Gesellschaft, zu Bildungs- und letztlich Lebensechtungschancen. Aus Sicht der Jungen Union kommt daher das gemeinsame Wahrnehmen von Verantwortung gerade in den Bereichen Sprache, Bildung und Ausbildung eben nicht nur den Muslimen, sondern mittelbar natürlich auch der Gesamtgesellschaft zugute. Umgekehrt wird ein Fehlen dieser Voraussetzungen zu Abschottungen, Frust, Antriebslosigkeit, mitunter auch zu Kriminalität und Extremismus führen.

Im Gegensatz zu anderen Politik- und Gesellschaftsentwürfen setzen wir als Christdemokraten dabei auf einen gesunden Mix aus Hilfe zur Selbsthilfe, auf Unterstützung zur Eigenverantwortung. Menschen sollen nicht entmündigt werden, sondern lernen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

### Von Muslimen erwarten wir...

1. dass Sprach- und Bildungserziehung in Deutsch nicht allein von Kindergärten und Schulen verlangt, sondern von Anfang an auch in der Familie unterstützt wird. Das frühzeitige Fördern der Sprach-, Lesebereitschaft und auch deutschsprachiger Freundschaften, das Belohnen schulischer Leistungen und die regelmäßige Teilnahme an Elternabenden und Lehrgesprächen werden von erfolgreichen Muslimen selbst als Erfolgsfaktoren benannt.
2. dass gerade auch die Bildung der Mädchen besonders gefördert wird, da ihr Bildungsstand maßgeblich die eigenen Chancen, aber auch die nachfolgender Generationen mitbestimmt. Solange zu viele Mädchen und Frauen zu wenig Zugang zu Bildung haben, wird sich auch die Gesamtsituation der islamischen Minderheit in Deutschland nicht verbessern können.
3. dass auch im religiösen Bereich zunehmend in deutscher Sprache gearbeitet wird und dass religiöse Autoritäten die Bedeutung von Sprache und Bildung hervorheben und es in Zukunft ablehnen, Kinder für Jahre in die Herkunftsländer zurückzuschicken oder sie mit nahezu Unbekannten aus diesen Ländern zu vermählen - denn diese jungen Menschen und auch noch ihre Kinder erleben dann oft schwere Sprach- und Integrationsprobleme.

### Als Christdemokraten wollen wir...

1. die Einführung verbindlicher, hinreichender und geförderter Sprachkurse, wie im Regierungsprogramm von CDU/CSU für den Machtwechsel 2002 vorgesehen.
2. die oft geradezu vorbildliche Selbsthilfe- und Bildungsinitiativen, die es nicht selten auch im Rahmen von Moscheevereinen und Frauengruppen gibt, ausfindig machen und gegebenenfalls für deren Anerkennung, Entwicklung und Förderung eintreten. Gerade im kommunalen Bereich ergeben sich hier längst große, von Städten und Gemeinden oft unentdeckte Potentiale und eine engere Einbeziehung solcher Initiativen in das örtliche Geschehen wird letztlich sowohl deren Vorbildcharakter wie auch das Zusammenleben insgesamt fördern.
3. die „Kultur der Selbständigkeit“ bei vielen Muslimen dadurch fördern, dass Existenzgründer Zugang zu verbesserten Beratungs- und Fördermöglichkeiten erhalten und dass vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Deutschlands wieder in Ordnung gebracht werden.



## 2. Demokratische Teilhabe als Bürgerinnen und Bürger

Inzwischen gibt es weit über eine halbe Millionen Muslime deutscher Staatsbürgerschaft – doch viele haben es bisher schwer, auch eine „politische Heimat“ zu finden, in der und über die sie ihre Interessen und Meinungen im Rahmen der Verfassung vertreten könnten.

Gerade weil viele Muslime „konservative“ Werte wie Familiensinn, Religiosität, den Schutz der Ehe, von Kindern und auch des ungeborenen Lebens, Selbständigkeit, Eigenverantwortung und ein gesundes Misstrauen gegen rote oder braune Staatsutopien vertreten, fühlen sie sich bei linken Parteien nicht recht wohl, in der Union aber häufig leider noch nicht wirklich willkommen.

Gerade aber weil wir gemeinsam nicht wollen können, dass sich eines Tages die Mitte unserer Gesellschaft in unterschiedlichsten Splittergruppen und religiösen Parteien verliert, ist die Union hier in einer besonderen Verantwortung, sich auch muslimischen Wählern und Mitgliedern stärker zu öffnen.

## Von Muslimen wünschen wir...

1. dass der Mittelpunkt des „politischen Interesses“ stärker auch auf innenpolitische Themen verlagert wird. Als engagierte Bürgerin, engagierter Bürger Deutschlands und Europas sollen sich Muslime bei uns verstehen und einbringen können, nicht aber als „verlängerter Arm“ ausländischer Organisationen oder Staaten,
2. eine stärkere Bereitschaft, sich in bestehende Parteien und Vereine des demokratischen Spektrums einzubringen und so zu einem intensiveren Austausch zwischen Politik, Gesamtgesellschaft und den islamischen Gemeinden direkt beizutragen,
3. dass teilweise noch bestehende „zentralistische“ Staats- und Politikauffassungen überwunden werden, die nach kurzer Zeit in Enttäuschungen münden müssen. Denn letztlich werden politische Entscheidungen in Deutschland –gerade im Hinblick auf Fragen des Zusammenlebens, etwa auch über Moscheebauten, Friedhofsangelegenheiten u.ä.- nicht im Bundestag, sondern besonders oft in kommunalen Gremien getroffen – vor allem auch auf dieser Ebene brauchen wir also aktive, islamische Mitglieder, die sich Vertrauen erworben haben

## Als Christdemokraten werden wir...

1. uns verstärkt bemühen um Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Partei. Gemeinsam werden wir nach Formen suchen, in denen Engagement von beiden Seiten als sinnvoll und letztlich erfolgreich erlebt werden kann.
2. uns vor muslimische Mitglieder und Freunde stellen, wenn ihre Religion in verletzender Weise pauschal herabgewürdigt wird. Sicherlich gehört es zur Aufgabe der Unionsparteien, Ängste und Vorbehalte aus der Bevölkerung auf- und ernst zu nehmen; dann jedoch auch, ihnen mit Kompetenz überzeugend zu begegnen und Rechtsextremismus keinen Nährboden zu bieten.
3. uns dafür einsetzen, dass im nächsten CDU-Grundsatzprogramm auch die islamische Religionsgemeinschaft namentlich genannt und nicht mehr nur unter „andere Religionszugehörigkeit“ (Absatz 63) subsumiert wird.



### 3. Gemeinsam Extremismus bekämpfen!

Gerade als Menschen, die religiöse Werte bejahen, kann uns –Christen wie Muslimen- der Missbrauch von Religion für Zwecke der Abschottung, der Diskriminierung von Frauen und Minderheiten oder gar der Gewalt nicht egal sein – vielmehr müssen wir entschlossen solchen Strömungen von Anfang an entgegentreten. Wir müssen dabei so ehrlich sein, einzuräumen, dass wir in der Bekämpfung des Extremismus aufeinander angewiesen sind: ohne entsprechendes, glaubwürdiges Engagement von Muslimen wird zwischen Islam und Islamismus nicht unterschieden werden, werden Fremdenfeindlichkeit und antiislamische Ressentiments nicht abzubauen sein. Umgekehrt brauchen gerade reformbereite Muslime die couragierte Unterstützung von Christen und Demokraten, um konkret zu beweisen, dass Demokratie und Islam keine Gegensätze sein müssen. Nur so können sie in ihren eigenen Reihen extremistischen und letztlich menschenverachtenden Strömungen dauerhaft den Boden entziehen.

### Von Muslimen wünschen wir uns...

1. dass sie deutlicher auch im Innenverhältnis Argumentationen der Feindseligkeit und Gewalt entgegentreten. Wenn – wie geschehen - auf Demonstrationen in Berlin selbst ein Kind mit Bombenattrappen ausgestattet wird, so darf dies auch von keinem muslimischen Mitdemonstranten toleriert werden!
2. dass sie dort von sich aus Distanz wahren und die deutschen Behörden informieren, wo offensichtlich – sei es unter dem Deckmantel des Islam oder eines Nationalismus- Extremismus und Gewalt gepredigt werden.
3. dass sie sich bewusst in den islamischen Gemeinden und Initiativen engagieren, in denen man sich aktiv und dialogorientiert um Respekt und Verständigung auch mit Nichtmuslimen bemüht und dass sie jene Gruppierungen entgegenwirken, die im In- oder Ausland religiösen Fundamentalismus, Extremismus und Gewalt verherrlichen.

### Als Christdemokraten werden wir selbst...

1. klarer differenzieren, zwischen dem 1% der Muslime, die nach Angaben des Verfassungsschutzes islamistischen Ideologien anhängen und der übergroßen Mehrheit der gemäßigten Muslime, die solchen Positionen nichts abgewinnen kann,
2. gegenüber der Politik einfordern, dass sich die „Bekämpfung des Extremismus“ nicht nur auf die Beobachtung und Bekämpfung der islamistischen Minderheit beschränkt, sondern dass parallel dazu endlich begonnen wird, gesprächs- und reformbereite Strömungen anzuerkennen und zu fördern, um den Extremismus auch innerislamisch stärker zu isolieren,
3. auch selbst entschlossener fremdenfeindlichen Strömungen entgegentreten, die nicht selten ebenfalls unter Missbrauch scheinbar „christlicher“ Argumentationen pauschale Ängste gegenüber Muslimen schüren, deren Religion in schlimmer Weise herabwürdigen und so wiederum Verletzung, Verbitterung und Abschottung geradezu befördern.



#### 4. Kein „Import“ von Konflikten aus dem Ausland

Als selbst wert- und heimatverbundene Jugendorganisation können wir nachvollziehen, dass Menschen das Schicksal ihrer Herkunftsländer oder verwandter Gemeinschaften besonders berührt. Uns selbst geht es nicht anders – die Situation christlicher und anderer Minderheiten in vielen „islamischen Ländern“ empfinden wir als untragbar.

Umso notwendiger ist es, entschlossen deutlich zu machen, dass ein „Import“ von Konflikten aus dem Ausland einerseits das Zusammenleben schwer beschädigt, andererseits die Situation im Ausland nicht verbessern wird. Sinnvoller und notwendig wäre es dagegen, gerade unter den vergleichbar guten Bedingungen in Deutschland und Europa nach Wegen des Dialoges und der Verständigung zu suchen, humanitäre Hilfe zu leisten, Gesprächsfäden zu knüpfen und Beispiel zu geben, um friedensbereite Kräfte in den angesprochenen Regionen zu ermutigen und zu stärken. Die Bereitschaft, einander zuzuhören und auch „die Sicht des anderen“ kennen zu lernen, ist hierfür Voraussetzung!

Deutschland kann und darf nicht der Ort sein, an dem sich religiöse, politische oder ethnische Gruppen gewalttätige Auseinandersetzungen liefern – in solchen Fällen plädieren wir auf entschlossenes, staatliches Handeln samt der Ausweisung nichtdeutscher Gewalttäter und deren Unterstützer“.

### Von Muslimen erwarten wir...

1. dass sie Konflikte aus dem Ausland nicht in aggressiver oder sogar gewalttätiger Form nach Deutschland „importieren“. Als weit sinnvoller erweist sich, mitzuwirken, Hass, Gewalt und Konfliktpotenziale zu entschärfen und so wirklich und nachhaltig zu friedlichem Leben im In- und Ausland beizutragen.
2. dass sie sich nicht überreden lassen, Teile ihres Spendenaufkommens für ausländische Parteien oder gar gewalttätige Organisationen aufzuwenden. Wer solches tut, macht sich direkt mitschuldig an weiteren, sinnlosen Eskalationen und an der Entstehung unwürdiger Zerrbilder des Islam.
3. dass sie nationale, ethnische und politische Auseinandersetzungen nicht in den Aufbau islamischer Strukturen in Deutschland einfließen lassen. Das unüberschaubare Gewirr entsprechender Gruppen und Grüppchen, die auch innerislamisch miteinander rivalisieren und versuchen, die deutsche Öffentlichkeit für ihre jeweiligen Ziele einzunehmen, schürt die Verunsicherung gegenüber islamischen Organisationen nachhaltig, befördert Ressentiments und Verallgemeinerungen und schadet damit letztlich den Muslimen in Deutschland und unserem Zusammenleben.

### Als Christdemokraten werden wir...

1. selbst auch nicht Muslime für Zustände, Terroranschläge und Konflikte „verantwortlich machen“, für deren Entstehung oder Verlauf sie keine persönliche Verantwortung tragen,
2. nicht zulassen, dass die fehlende Religionsfreiheit etwa für Christen in vielen islamischen Ländern polemisch mit Forderungen nach Einschränkungen von Verfassungsrechten für rechtmäßig bei uns lebende Muslime verknüpft wird,
3. uns gemeinsam auch im Gespräch mit Muslimen ein differenzierteres Bild von den Zuständen und Entwicklungen verschiedener Regionen, Länder und Konflikte erarbeiten.



## 5. Vom Ausland unabhängige Strukturen des Islam schaffen

Gerade wenn wir von der Abwehr von „Konfliktimport“ und extremistischer Strömungen und Lehren sprechen, muss aus Sicht der Jungen Union sehr kritisch gesehen werden, dass muslimische Gemeinden hierzulande immer noch in einem sehr starken Maße auf ausländische Gelder, Strukturen, ja Lehrbücher und sogar Prediger zurückgreifen müssen, die etwa von ausländischen Organisationen oder gar Staaten jeweils auf einige Jahre nach Deutschland entsandt werden, meist kein Deutsch sprechen und auch die hiesigen Gegebenheiten überhaupt nicht kennen.

Aus unserer Sicht kann dies ernsthafter Integration und Zusammenleben nicht dienlich sein und wir wünschen und fordern daher die Entstehung eigenständiger, transparenter und auf das Leben in Deutschland hin ausgerichteter Strukturen der rechtmäßig bei uns lebenden Muslime. Predigten, Bücher und Unterricht sollten in deutscher Sprache gehalten, Prediger und Lehrer in Deutschland aufgewachsen und nach entsprechenden Standards auch im Inland ausgebildet worden sein.

## Von Muslimen wünschen wir uns...

1. dass sie sich in Gemeinden und Initiativen zusammenschließen, die der deutschen Gesellschaft zugewandt sind und sich nicht als Sachwalter ausländischer Organisationen, Parteien oder gar Staaten verstehen.
2. dass sie sich für die Verwendung der deutschen Sprache in Predigt, Büchern und Unterricht einsetzen, um einerseits Integration und Sprachkenntnisse gerade der jüngeren Generation zu befördern, andererseits auch gegenüber der Gesamtgesellschaft interreligiös gesprächsfähiger zu werden.
3. dass die unübersichtliche Zersplitterung in Klein- und Kleinstgruppen überwunden wird zugunsten transparenter und repräsentativer Strukturen, die dann auch verlässliche Ansprechpartner für Staat und Gesellschaft sein können.

## Als Christdemokraten sprechen wir uns aus...

1. für die Diskussion der „Islamischen Charta“, wie sie der Zentralrat der Muslime in Deutschland in diesem Jahr vorgelegt hat. Wir verkennen nicht, dass der Zentralrat bisher nur einen kleinen Prozentsatz der Muslime in Deutschland vertritt, aber eben auch innerislamisch wie gesamtgesellschaftlich inzwischen hohe Achtung erworben hat. Die „Islamische Charta“ begrüßen wir als sichtbaren Schritt in die richtige Richtung und Gesprächsgrundlage.
2. für die Einführung des islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache an deutschen Schulen und nach geprüften Lehrplänen, wie ihn das Kultusministerium unseres Landes dankenswerterweise in langjähriger Vorbereitungsarbeit gemeinsam mit islamischen Verbänden schon für das Jahr 2003 in Baden-Württemberg avisiert hat.
3. zu prüfen und zu diskutieren, wie repräsentative Strukturen des Islam in Deutschland aussehen können und müssen, um einerseits den legitimen Anforderungen unserer Verfassung zu entsprechen, andererseits nicht historisch gewachsene „Amtskirchenstrukturen“ auf andere Religionen einfach zu übertragen. Der Landesverband der Jungen Union wird hierzu eine Fachtagung mit Sachverständigen veranstalten.



## 6. Junge Union und Muslime – Dialog konkret

Der heutige Landestag stellt in vielerlei Hinsicht eine Besonderheit dar: er fand nicht nur im engen Rahmen eines Tagungsgebäudes statt, sondern führte die Delegierten direkt hinein in Begegnungen und Diskussionen mit muslimischen Freundinnen und Freunden in Bereiche deren Lebens. Genau dadurch wurde aber auch deutlich, dass es längst eine Bereitschaft zu demokratischem Engagement auch von muslimischer Seite –und hier besonders auch von jungen Menschen- gibt, das wir dankbar würdigen und aufgreifen wollen. So soll das begonnene Gespräch und die gemeinsame Arbeit u.a. in drei konkreten Projekten weitergeführt werden:

### a) Regionale Vernetzungen zum Dialog schaffen

Schon mit diesem Landestag wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass jeder Kreisverband der Jungen Union in Baden-Württemberg Kontakt zu Muslimen findet, mit denen man sich austauschen und in Dialog treten kann. Diese Kontakte wollen wir zur Zusammenarbeit im Bereich Integration entwickeln. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass sich dieser Wunsch zunächst ausschließlich an muslimische Einzelpersonen richtet und dass wir die Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen auch für die Zukunft ausschließen. Wir freuen uns auf interessante Gespräche, den gegenseitigen Abbau von Vorurteilen und den Aufbau auch interreligiöser Kompetenz in Zeiten, in denen sich gerade auch an diesen Fragen viel entscheidet.

### b) Fachtagung „Islamische Religionsgemeinschaft“

In der Jungen Union gibt es insgesamt ein großes Interesse auch an juristischen Fragen. Wir wollen dieses gemeinsam mit Muslimen aufgreifen und das Thema der Anerkennung einer islamischen Religionsgemeinschaft im Rahmen einer Fachtagung kompetent erarbeiten, um miteinander zu erfahren und zu diskutieren, welche verfassungsrechtlichen Bedingungen genau zu erfüllen sind und wo sich konstruktive Möglichkeiten aus bestehenden Strukturen und der islamischen Tradition heraus ergeben. Denn es braucht sicherlich eine repräsentative und transparente Struktur des Islam in Deutschland, um einerseits den berechtigten Anliegen der Muslime –etwa nach Religionsunterricht, der Einrichtung inländischer Fakultäten zur Ausbildung von Lehrern und Predigern u.ä.-, andererseits aber auch den Anforderungen angstfreien Zusammenlebens zu entsprechen. Unseres Erachtens nach macht es Sinn, gerade auch mit der jüngeren Generation engagierter Muslime hierüber frühzeitig das Gespräch zu suchen und Lösungen mit zu erarbeiten.

### c) Muslimische Mitglieder

Die Christdemokratie in Deutschland steht in der Tradition, schon frühzeitig –und damals schneller als die meisten Kirchen- konfessionelle und andere Unterschiede auf der Basis gemeinsamer Werte für gemeinsame, politische Arbeit überwunden zu haben – dies gerade auch, weil sich die Anhänger verschiedener Konfessionen und auch Religionen bei uns nicht nur etwa „trotz“, sondern gerade auch „mit“ ihrer Prägung und ihrem Profil ernstgenommen und respektiert fühlen konnten.

Auf dieser Tradition wollen wir aufbauen, auch muslimische Freundinnen und Freunde zur Mitarbeit gewinnen. Als Partei mit klarer christlicher Identität sehen wir darin auch einen Beitrag zum Dialog der Religionen.

So wollen wir letztlich jene Kräfte in dieser gemeinsamen Gesellschaft und darüber hinaus stärken, die für die Werte der Menschenrechte, Demokratie und gerade auch der Gewissens- und Religionsfreiheit eintreten, wie es unser Grundgesetz in den Eröffnungsworten der Präambel formuliert: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“.